

ÖIF-Integrationsbarometer: Österreicher/innen lehnen Doppelstaatsbürgerschaft ab

Utl.: Hajek-Befragung: Kritisches Stimmungsbild bei Erleichterungen
zum Staatsbürgerschaftserwerb, Vollverschleierung und
Mindestsicherung =

Wien (OTS) - Für das aktuelle Integrationsbarometer des
Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) befragte Meinungsforscher
Peter Hajek 1.000 österreichische Staatsbürger/innen ab dem 16.
Lebensjahr zum Zusammenleben von Österreicher/innen und Flüchtlingen
sowie von Nicht-Muslim/innen und Muslim/innen, zum Thema
Mindestsicherung, Staatsbürgerschaft und dem subjektiven
Sicherheitsgefühl.

Zwtl.: Zusammenleben zwischen Nicht-Muslim/innen und Muslim/innen
zunehmend schlechter beurteilt

6 von 10 Befragten beurteilten das Zusammenleben zwischen
Nicht-Muslim/innen und Muslim/innen als schlecht. Diese Beurteilung
hat sich im Vergleich zu vorangegangenen Umfragewellen weiter
verschlechtert: Wurde es im November 2015 noch von mehr als einem
Drittel der Befragten als gut beurteilt, sank die positive Bewertung
im Dezember 2016 auf nur noch rund ein Viertel. Ebenfalls kritisch
wird das Zusammenleben zwischen Österreicher/innen und Flüchtlingen
bewertet - hier sehen 58% das Zusammenleben als eher oder sehr
schlecht. Besonders kritisch äußern sich Unter-30-Jährige, Menschen
aus dem urbanen Raum sowie aus niedrigen Bildungsschichten.

Zwtl.: Ablehnung gegen Doppelstaatsbürgerschaft sowie
Vollverschleierung

Die Möglichkeit eine Doppelstaatsbürgerschaft, z. B. eine
österreichische und türkische Staatsbürgerschaft, zu besitzen, lehnen
knapp drei Viertel aller Befragten sehr oder eher ab. Wenn es um
Erleichterungen beim Erwerb der Staatsbürgerschaft geht, sind sogar
über 80% sehr oder eher dagegen. 8 von 10 Befragten sind sehr oder
eher dafür, dass die Vollverschleierung bzw. das Tragen einer Burka
in der Öffentlichkeit verboten sein sollte.

Zwtl.: Kürzung von Mindestsicherung befürwortet

Fast zwei Drittel der Befragten sprechen sich sehr oder eher dafür aus, dass anerkannten Flüchtlingen eine geringere Mindestsicherung ausbezahlt werden sollte. Die Kürzung der Mindestsicherung in Oberösterreich von 914 auf 560 Euro befürworten knapp drei Viertel der Befragten (72%) als sehr oder eher richtig. Verpflichtende gemeinnützige Arbeit für Flüchtlinge, die Mindestsicherung beziehen, sehen 83% der Befragten als richtig an.

Befragt wurden 1.000 Österreicher/innen durch Telefoninterviews sowie durch eine Online-Befragung im Dezember 2016. Das Integrationsbarometer wird seit November 2015 erhoben. Alle Ergebnisse des ÖIF-Integrationsbarometers finden Sie online unter [www.integrationsfonds.at/publikationen] (<http://www.integrationsfonds.at/publikationen>)

~

Rückfragehinweis:

Österreichischer Integrationsfonds
MMag. Franziska Troger
+43 1 7101203 333
franziska.troger@integrationsfonds.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/8303/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0094 2017-03-21/11:35

211135 Mär 17

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170321_OTS0094